

2014-05-09

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses zum Haushaltsplan 2014 am 23.04.2014

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Pätzold, Hans-Joachim

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Tonndorf, Klaus

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Bönecke fragte nach, ob es zur vorgeschlagenen Tagesordnung Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gibt. Dies war nicht der Fall, die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Mit dem Hinweis auf die Fortsetzung der Sitzung des Betriebsausschusses ATD mit dem TOP 4 im Raum 270 des Rathauses bat **Herr OB Koschig** um das Votum der Ausschussmitglieder zur vorgeschlagenen Tagesordnung. Es gab einstimmige Zustimmung.

Seitens der Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses gab es ebenfalls keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung, sie wurde einstimmig beschlossen.

2 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem Finanzausschuss und in ihrem ersten Teil auch mit dem Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters Dessau wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Koschig** eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung der genannten Gremien fest. Des Weiteren teilte er mit, dass für den Haupt- und Personalausschuss derzeit 8 stimmberechtigte Mitglieder, beim Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters 9 Stimmberechtigte anwesend sind.

Der **Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Bönecke**, stellte die Anwesenheit von 8 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses und somit Beschlussfähigkeit fest.

3 **Konzept für das Anhaltische Theater Dessau ab dem Jahr 2014 Vorlage: BV/108/2014/I-OB**

Zum Tagesordnungspunkt erfolgte eine Einführung durch **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Sie merkte an, dass die Vorlage leider schon wieder nicht ganz aktuell ist. In Anlage 2 wurde das Konzept des Theaters ausgereicht sowie eine rechnerische Aufgliederung, wie sich die Zuschüsse unter dem neuen Konzept, unter Zurechnung eines Strukturanpassungsfonds für die Stadt darstellen und wie es sich im Haushalt abbilden würde.

Parallel werden jetzt in der zweiten Runde mit den Gewerkschaften die Verhandlungen darüber geführt, wie die einzelvertragliche Gestaltung dieser Teilzeitregelung praktisch am Theater umgesetzt wird. Es werde eine Rahmenvereinbarung geben, die nach der Verhandlung vorgelegt wird und in der im Grunde genommen die wichtigsten Bedingungen festgeschrieben sind. Innerhalb der Rahmenvereinbarung ist genau dokumentiert, wie die Änderungsverträge mit den einzelnen Mitarbeitern aussehen sollen.

Diese Verhandlungen wurden mit vier Gewerkschaften und drei Arbeitgeberverbänden geführt und **Frau Nußbeck** hoffe, heute das abschließende Ergebnis erreicht zu haben. Es ist ein gewisses Risiko dabei, ob am Ende wirklich 95 % der Mitarbeiter diese Teilzeitvereinbarung unterschreiben. Deshalb wurden in der Rahmenvereinbarung auch bestimmte Zieltermine festgeschrieben.

1. Zu Beginn soll der Stadtrat dieses Konzept bestätigen,
2. zeichnen die Mitarbeiter (mindestens 95 %) die Teilzeitvereinbarung mit,
3. ist der Zuwendungsvertrag mit dem Land auf dieser Basis zu vereinbaren.

Bis zum 12. Mai soll der Rücklauf der Teilzeitvereinbarungen erfolgen. Wenn bis zum 30./31. Mai nicht 95 % unterzeichnet haben, müsse man das Modell als gescheitert ansehen.

Nach der inhaltlichen Erörterung des Konzeptes werde **Frau BM Nußbeck** nochmals darauf zurückkommen, wie sich derzeit der Zuwendungsgeber Land zum Vorschlag stellt.

Herr Generalintendant Bucker ging auf das Hauptziel des Konzeptes, die Erhaltung des 4-Sparten-Hauses für die Zukunft des Theaters in Dessau, ein. Unerlässlich ist,

dass dieses auch in kleinerer Form noch die Bedürfnisse und Aufgaben erfüllen kann, die vor Ort notwendig sind, um vor allem junges Publikum zu erreichen, die für einen hohen Identifikationsfaktor zu sorgen und die auch im Wechselspiel mit den Schul- und Bildungs- und anderen Kultureinrichtungen unverzichtbar sind.

Es wurden Modelle entwickelt, mit denen man es vermeidet, betriebsbedingte Kündigungen als Instrument zum Personalabbau nutzen zu müssen und die Kreativität und die Leistungsfähigkeit innerhalb des Hauses erhält.

Das Theater in Dessau werde sich natürlich verändern, es wird weniger Produktionen auf der Großen Bühne geben, es ändert sich strukturell, inhaltlich und angebotsseitig etwas. Eine Personalreduzierung werde nicht nur von den künstlerischen Sparten Schauspiel und Ballett und dem Bühnenpersonal realisiert, sondern auch in den Gewerken Werkstätten, Bühnentechnik usw. zum Tragen kommen. Dennoch glaube man daran, ein tragfähiges und zukunftssicheres Theaterangebot realisieren zu können, das auch zahlenmäßig darstellbar ist.

Die Mitarbeiter wollen dieses Konzept stützen und mittragen, wie sie das Theater in den letzten 10 Jahren auch schon über die Haustarifverträge mitgetragen und mitgestaltet haben. Insofern sei es ein ganz fulminantes Signal aus der Belegschaft, das Haus erhalten zu wollen, wofür er sich an dieser Stelle bedankte. Dank sagte Herr Bückner auch für die große Unterstützung aus dem Stadtrat, die es auch möglich mache, ein Projekt auf den Weg zu bringen, was einzigartig ist in der deutschen Theaterlandschaft.

Herr Meier, Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters, stellte die wesentlichen drei Bausteine der Einsparungen dar.

- Alle Kollegen verzichten auf einzelvertraglicher Basis auf 10 % ihrer Vergütung.
- In den Folgejahren gibt es einen Personalabbau über natürliche Fluktuation.
- Es gibt weniger Produktionen am Musiktheater, keine Schauspiel- und Ballettproduktionen auf der Großen Bühne, sondern nur noch spartenübergreifende Projekte. Musiktheater und Ballett gehören für viele Produktionen essenziell dazu.

Einer Forderung aus dem letzten Theaterausschuss folgend, wurde eine Übersicht über die natürliche Fluktuation jenseits der Abgänge durch Ruhestand, wie sie sich in den letzten Jahren darstellte, angefertigt. Hierin wird ersichtlich, dass die Planung seriös erfolgte.

Entscheidend sei auch, dass für dieses Alternativkonzept ein Betätigungsfeld jenseits der spartenübergreifenden Produktionen für Schauspiel und Ballett des Alten Theaters zur Verfügung steht. Hier können auch für Schulen Produktionen entstehen, so dass sich ein Teil der theaterpädagogischen Arbeit am Alten Theater vollziehen wird.

Am Ende werde man im Vergleich der Konzepte rein rechnerisch eine Stellenreduktion in gleicher Höhe haben.

Sowohl Herr Bückner und er glauben fest daran, dass das Konzept die künstlerisch wertvollere und sinnvollere Lösung für die Stadt ist, weshalb man sich in einen mühsamen Prozess mit den Gewerkschaften begeben habe, um sichere vertragliche Regelungen zu finden.

Für **Herrn Schönmann** ergab sich eine konkrete Frage aus der Diskussion der letzten Monate, was die Beziehung zu den Landkreisen betreffe. Wenn das Konzept zur Stabilisation hier vor Ort diene, ist dies auch ein Aspekt, der nach wie vor im Fokus

sein sollte. Herr Schöнемann fragte, ob es dazu unter der reduzierten Variante Aussagen gebe, es gehe in Richtung „Theater für die Region“.

Im Konzept direkt gibt es dazu keine Ausführungen, erwiderte **Herr Bück**. Es gehe zunächst darum, unter den gegebenen Voraussetzungen das Haus zu erhalten. Sicherlich ist diese Diskussion nach wie vor notwendig, wie auch längerfristig dieses Haus getragen und finanziert werden kann. Es müsse seitens des Theaters inhaltlich stärker nachgedacht werden, wie man Angebote auch in die Region tragen, aber auch die Region stärker per Identifikation an dieses Haus binden kann. Im „Theater der Region“-Vertrag wurde dies in den vergangenen Jahren auch schon in gewisser Weise fixiert und wird weiter Aufgabe sein.

Das von Herrn Schöнемann Gesagte wurde durch **Herrn Otto** unterstützt. Er bat des Weiteren darum, heute im Protokoll festzuhalten, wenn die Abwicklung des Vertrages mit dem Land und die Einzelverträge zustande gekommen sind, sollte **im letzten Quartal diesen Jahres das Theater Vorstellungen darlegen, mit welchen Dingen es die Region an sich binden will**. Bis dahin sollten also Überlegungen angestellt, Angebote an die Region gemacht werden, in die Region gefahren oder diese hierhergeholt werden. Dies sei eine wesentliche Möglichkeit, das in der Zukunft weiter steigende notwendige Budget zu sichern. Es müsse versucht werden, unabhängig, ob das Land einmal zu mehr bereit sein wird, die Region mit einzubinden.

Weiterhin bat **Herr Otto** um Ausführungen, wie die Einnahmesituation gesichert werden soll mit weniger Aufführungen.

Herr Meier antwortete, an den Stellen, wo das Theater nicht mit selbst Produziertem die Bühne bespielen kann, werde es Gastspiele geben. Hier gebe es verschiedene Modelle, entweder die Vermietung des Hauses oder man teile sich die Einnahmen mit den Künstlern. Dieser Bereich sei bereits in den Wirtschaftsplänen der letzten Jahre enthalten und er müsse dann ausgeweitet werden. **Herr Otto** ergänzte hier, dass z. B. die Miete bzw. der Anteil des Theaters wesentlich erhöht werden muss, um Einnahmen zu erzielen.

Den Dank an die Mitwirkenden an dem Konzept sprach **Herr Maloszyk** aus. Auch er sei auf die Einnahmenseite aufmerksam geworden. Neben all den hochwertigen Inszenierungen müssen auch publikumswirksame Aufführungen aktiviert werden, um auch die Nachbarkreise mit ins Boot zu bekommen. Dies bestätigte **Herr Bück**, es müsse jedes Instrument genutzt werden, um die Einnahmesituation zu verbessern. Auch mit einem reduzierten Betrieb, der nicht zu unterschätzen sei, müsse das Theater all diese Dinge in Erwägung ziehen und auch zielorientierter werden in Richtung des regionalen und überregionalen Publikums.

Frau Stöbe schloss sich ebenfalls dem Dank an die Mitwirkenden am Theaterkonzept, an alle Mitarbeiter und Mitglieder des Ensembles an. Anknüpfend an die Ausführungen ihrer Vorredner unterbreitete sie einen Vorschlag. Darüber nachzudenken, was man machen kann, was die Zusammenarbeit mit den Landkreisen betrifft, sei die eine Seite. Aber vielleicht sollte man auch darüber nachdenken, dass der Theaterausschuss vor Ort mit den Landkreisen und den Verantwortlichen des Theaters Gespräche aufnimmt, so z. B. in Wittenberg und Bitterfeld, welche Vorstellungen diese haben.

Zu Recht sei die Einnahmesituation angesprochen worden, führte **Herr Dr. Weber** aus. Hier könne man guten Gewissens auch die Verwaltungsspitze mit in die Verantwortung nehmen, da es in der Verwaltung ein Optimales Amt zur Vermarktung unserer touristischen und Kulturangebote gibt. Hier sehe er Chancen, unsere Angebote besser auszulasten und der neue Stadtrat sollte es sich hier genau ansehen, was dieses Optimale Amt an Leistungen erwirtschaftet.

So wie sich die Verwaltungsebenen der umliegenden Landkreise dem Dessauer Theater gegenüber verhalten haben, sehe er keine großen Chancen bei dem von Frau Stöbe Angesprochenen, merkte **Herr Maloszyk** an. Erreicht werden könne ausschließlich etwas über das Publikum. Die Verantwortung dafür, was zur Verbesserung der Erträge geschieht, liege ausschließlich bei der Intendanz.

Bei allem hier Angeführten dürfe der neu gewählte Stadtrat die politischen Dinge nicht vergessen, betonte **Herr Ehm**. Dies sei z. B. die verloren gegangene Theaterstiftung, ob diese wiederbelebt werden kann oder man sich Gedanken machen sollte, wie man ein solches Instrument für die Zukunft neu schaffen könnte, damit man aus der Finanzkrise herauskommt. Weiterhin sei die politische Komponente zu beachten, ohne Kulturraumgesetz gehe es nicht.

Es gebe eine Theaterstiftung des Freundeskreises Dessauer Theater, die gestärkt werden sollte, schloss sich **Herr Oberbürgermeister Koschig** an. Er habe beide Landräte angeschrieben, die sich zurzeit nicht beteiligen dürfen, weshalb der Hinweis auf dieses Gesetz sehr wichtig sei. Er habe ihnen angeboten, sie jetzt schon in unsere Theaterarbeit mit einzubinden. Hier gab es ein unterschiedliches Echo.

Zu den finanziellen Aspekten wurde **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** nochmals das Wort erteilt. Sie erinnerte daran, wie der zuständige Minister das Konzept des Theaters in der Veranstaltung am vorigen Mittwoch eingeschätzt habe: „es hat Charme“. Um darzustellen, wie dies zu werten sei, ging Frau Nußbeck auf die Anlage 3 ein.

Das Land habe sich bei dem Konzept Musiktheater (S. 1 der Anlage 3) zu insgesamt 34 Mio. € Zuschüssen bekannt (laufende Zuschüsse 29 Mio. € plus 5 Mio. € Strukturanpassungsfonds). Bei dem Alternativkonzept (S. 2 Anl. 3) war zunächst angenommen worden, dieselbe zugesagte Grundfinanzierung vom Land zu erhalten. Bis 2018 ergibt sich eine **Zuschusshöhe von rd. 29 Mio. €**, bei dem Zuschuss der Stadt bleibt es bei 41,7 Mio. €, Gesamtkosten wie bisher 70 Mio. €, dann aber nur noch Strukturanpassungskosten von 6,7 Mio. € und nicht mehr 10 Mio. €, weil keine betriebsbedingten Kündigungen und damit keine Abfindungen notwendig sind. Des Weiteren werde durch das Teilzeitangebot aller Mitarbeiter der Ausstieg aus dem Haustarifvertrag kostenseitig weitgehend kompensiert.

Die Strukturanpassungskosten betragen nicht genau nur die Hälfte, weil das Konzept des Theaters etwas langfristiger umgesetzt werde (hier werden 80 Stellen durch die sozialverträgliche Umsetzung: 50 Stellen über Fluktuation und Altersabgang, 30 Stellen über Arbeitszeitverringerung realisiert) während bei den betriebsbedingten Kündigungen davon ausgegangen wurde, dass sie 2015 wirksam werden.

Dieses Angebot liege dem Land vor und uns die Antwort, dass wir nicht von der erhöhten Grundförderung ausgehen können, sondern von 5,2 Mio. € + Dynamisierung, allerdings ab 2014, was insgesamt einen niedrigeren Zuschuss bei der Landesförderung von 1,6 Mio. € bedeutet. Es werden also **nur noch 27,6 Mio. €** sein. Für das

Konzept des Theaters, obwohl es die 4 Sparten erhält, obwohl es betriebsbedingte Kündigungen vermeidet, obwohl es ein Teilzeitangebot aller Mitarbeiter beinhaltet, bedeutet es, dass sich das Land von der Grundförderung zurückzieht. Dafür sollen die übrigen Kosten, die jetzt zusätzlich anfallen, über den Strukturanpassungsfonds finanziert werden, wobei der neue Strukturanpassungsfonds nicht 6.722.000 € betragen, sondern 8.468.000 €. Zu 50 % sind das dann 4,2 Mio. €, so dass sich für uns die Lasten innerhalb dieses Zeitraums verschieben, das Land 750 T€ weniger über die 5 Jahre zahlt und wir 750 T€ mehr.

Man könne nun sagen, in 5 Jahren ließe sich das verschmerzen. Allerdings ist es so, indem die Grundförderung vollständig zurückgenommen wird, werde natürlich in 2018 ein völlig anderes Niveau erreicht. Im Entwurf des Vertrag sehe man für 2018 eine Zuwendung von 6,2 Mio. € vor, die dann aber nach den jetzigen Vorstellungen nur 5,7 Mio. € beträgt, womit man eine halbe Million unter dem liege, was wir bisher schon einmal für das andere Konzept hatten. Dies sei der Arbeitsstand, der nach ihrer Kenntnis mit dem Finanzministerium ausgehandelt wird, aber noch nicht endverhandelt ist, erklärte **Frau Nußbeck**.

Für ihn mache es keinen Sinn, in die alte Konstellation zurück zu verfallen, sondern scharf nach zu verhandeln, legte **Herr Schöнемann** dar. Seines Erachtens sei es ein Verhandlungsstand, der aufgrund des Angebotes des Personals des Hauses und der Stadt entstanden ist, was lange eingefordert worden war. Jede Konfrontation in dieser Situation würde nur zu schwierigeren Bedingungen führen.

Herr Hartmann fragte, ob durch das Land irgendwelche Fristen in den Raum gestellt wurden. Ziel war bisher, das Ganze im Zusammenhang mit dem Haushalt beschließen zu können. Hierauf entgegnete **Frau Nußbeck**, nach ihrer Information wird mit diesen von ihr genannten aktuellen Werten in die Verhandlungen mit dem Finanzministerium getreten. Natürlich müsse der Stadtrat zu diesem Konzept den Beschluss fassen und wir müssen uns auch haushaltsseitig dazu bekennen und klar machen, dass unsere Bereitschaft zur Umsetzung des Konzeptes da ist. Wenn aber im Land mit einem anderen Ziel in Verhandlungen gegangen wird, sei für sie nicht erkennbar, dass unser Vorschlag das Ergebnis sein werde.

Für uns gibt es allerdings zeitliche Zwänge, fügte **Frau Nußbeck** auf Nachfrage an, da die Mitarbeiter bisher in einem vertragslosen Zustand leben. Deshalb wurden von uns nicht umsonst in der Rahmenvereinbarung klare Termine benannt. Letztendlich soll der Zuwendungsvertrag in die letzte Sitzung des Stadtrates dieser Legislaturperiode eingebracht werden. Normalerweise wäre am 31.03. die erste Rate vom Land fällig gewesen, im Moment werde durch die Stadt vorfinanziert.

Herr Bönecke machte nochmals deutlich, dass wir mit Auslaufen des Strukturanpassungsfonds 2018 fest 500 T€ weniger vom Land erhalten werden für ein Konzept, das das Überleben des Hauses in der jetzigen Ausprägung absichert, gegenüber einem Konzept, das das Land verfolgt hat, das das Sterben zumindest von zwei Sparten präferiert. Das Land ist über 2018 hinaus offensichtlich bereit, in ein sterbendes Haus mehr Geld zu investieren, als in eines, das eine Zukunftsperspektive hat mit allen Angeboten, die auch jetzt vorgehalten werden. Wenn das Konzept zur Beschlussfassung steht, müsse man sich dies vor Augen führen, wir müssen ab 2019 jährlich mit 500 T€ mehr in den Haushalt gehen, als jetzt für diesen Fakt in der Finanzplanung enthalten war.

Seines Erachtens sollte heute ein Beschluss als verbindliches Angebot des Rates gefasst werden, merkte **Herr Schönemann** an. Das sei das, was gefordert wurde, dann sei die andere Seite gefragt. Er setze auch auf 2016, dann könnte es durchaus Veränderungen geben, wenn es andere Prioritäten gibt.

Einen Appell an die Kollegen von der Union richtete **Herr Busch**, dass versucht werden sollte, auf Landesebene ins Gespräch zu kommen. Man habe einen Landtagsabgeordneten, der hier seinen Wahlkreis hat. Das hier Vorliegende sei in erster Linie ein Verdienst von Theatermitarbeitern, aber auch von diesem Stadtrat. Das Land spare bei dieser Konstellation und sei dann auch in der Pflicht, sich zu diesem Theater zu bekennen.

Zur angesprochenen Zeitschiene führte **Herr Jäger-Marquardt**, Vertreter der Beschäftigten des Anhaltischen Theaters, aus, definitiv endet der Zeitraum, in dem die Theaterleitung nicht nach Tarif zahlen muss, ohne dass es dafür eine vertragliche Regelung gibt. Spätestens im Juni, dann auch rückwirkend ab 1. Januar 2014 müsse nach Tarif bezahlt werden. Der jetzige Zustand verlange von allen ein Stillhalten, was momentan auch noch gut funktioniert. Allerdings könne man den Bogen nicht überspannen, die Ausschlussfrist beträgt ein halbes Jahr, was Gehaltsnachzahlungen betrifft, weshalb im Juni eine Einigung vorliegen muss.

Diese Situation sollte eigentlich zum Anlass genommen werden, so **Herr Otto**, dass der Oberbürgermeister mit dem Rückhalt des Stadtrates nochmals einen Vorstoß beim Ministerpräsidenten vornimmt und ihn auffordert, mit ihm an der Spitze ein Dreiergespräch Kultusminister/Finanzminister/Stadtverwaltung zu führen. Dazu sollte ihm in aller Kürze (auf einer A4-Seite) die Brisanz der Situation und was wir erwarten dargestellt werden. Dazu sollte ein kurzfristiger Termin eingefordert werden.

Dazu sei es wichtig, dass wir zu einem Konzept stehen und es auch im Stadtrat zügig beschließen, um eine Grundlage für ein solches Gespräch zu haben, erwiderte **Herr OB Koschig**.

Für die Vorlage wurde durch **Frau BM Nußbeck** folgender **Änderungsvorschlag** des Einreichers unterbreitet: Im Beschlussvorschlag, Punkt 2 sollte der Betrag herausgenommen werden, so dass der Beschlussvorschlag lautet:

„2. Der Stadtrat erteilt der Verwaltung das Verhandlungsmandat für das Konzept gemäß Anlage 2 inkl. der 50%igen Beteiligung an den Strukturanpassungskosten.“

Zu dem so geänderten Beschlussvorschlag erfolgte die Abstimmung durch die anwesenden Mitglieder der Ausschüsse.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnisse:

Betriebsausschuss des	
Anhaltischen Theaters Dessau:	9:0:0
Ausschuss für Finanzen:	8:0:0
Haupt- und Personalausschuss:	8:0:0

Mit einer persönlichen Nachfrage richtete sich **Herr Schönemann an Herrn Bücker**, ob er für dieses neue Modell und in der angeführten möglichen Zukunft des Anhaltischen Theaters Dessau als Person zur Verfügung stehen würde. Dieser sagte seine grundsätzliche Bereitschaft dafür zu.

Die gemeinsame Sitzung mit dem Betriebsausschuss des Anhaltischen Theaters wurde beendet. Dieser setzte seine Beratung unter Leitung des Oberbürgermeisters Koschig im Raum 270 fort.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

Die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen und des Haupt- und Personalausschusses wurde weitergeführt. Die Leitung des Hauptausschusses übernahm der stellvertretende Vorsitzende Herr Ehm, die Leitung des Finanzausschusses hatte weiterhin dessen Vorsitzender, Herr Bönecke inne.

4.1 Auswertung der Bürgerumfrage zum Bürgerhaushalt 2014 Vorlage: IV/022/2014/II

Frau Bürgermeisterin Nußbeck gab die Erläuterung der Vorlage zur Auswertung der Bürgerumfrage zum Bürgerhaushalt 2014. Aus den Grafiken lasse sich im Wesentlichen ableiten, dass die Mehrheit der Befragten der Auffassung war, dass bei den Produkten, die aus dem Ordnungsamt vorgestellt wurden, eher zu wenig gemacht wird. Es gebe eine Aufsplittung nach Altersgruppen, aus der man sehr gut erkennen kann, dass die Wahrnehmung dieser Auffassung auf die Altersgruppen nicht vereinheitlicht werden kann. Die Jüngeren sind eher nicht der Meinung, die Älteren meinen eher, dass zu wenig gemacht wird.

Parallel gebe es den Fragebogen vom Stadtentwicklungsamt, in dem nochmals Fragen dezidiert enthalten sind, wie man mit dem Zustand der Straßen und der Rad- und Gehwege zufrieden ist. Hier konnte genau festgestellt werden, dass die Ergebnisse ziemlich genau miteinander korrelieren, dass also das Ordnungs- und Sicherheitsgefühl sich sehr deutlich widerspiegelt in der Wahrnehmung des Zustandes der Verkehrswege.

Die Auswertung wurde schon mit dem im vergangenen Jahr neu beschafften Programm vorgenommen. Damit sei man in der Lage, technisch solche Auswertungen vorzunehmen. In einigen Städten werden solche „Bürger-Panel“ in regelmäßigen Abständen gemacht und Fragen identifiziert, die von allgemeiner Bedeutung sind. Dazu müsse es aber einen feststehenden Teilnehmerkreis geben, der immer und zeitnah an diesen Umfragen teilnimmt. Die Auswahl sollte auch repräsentativ sein, um am Ende mit den Ergebnissen auch arbeiten zu können.

Bemerkenswert sei die relativ hohe Beteiligung, stellte **Frau Ehlert** eingangs fest. Hier zeige sich das Interesse der Bürger an der Mitarbeit. Des Weiteren bestätigte Frau Ehlert die Einschätzung, die von Frau Nußbeck gegeben wurde, hinsichtlich der unterschiedlichen Angaben in den Altersgruppen.

Mit dem ersten Ergebnis der Bürgerumfrage könne man durchaus zufrieden sein, als Finanzausschuss dürfe man hier aber nicht stehen bleiben. In der Arbeitsgruppe ha-

be man sich verständigt, die Auswertung auch im Amtsblatt zu veröffentlichen und dann zur Beteiligung an einem „Panel“ aufzurufen. Frau Ehlert bat jedoch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzausschuss, sich stärker einzubringen in der Thematik Bürgerhaushalt und warb für die Einführung des Panel, wobei diese ebenfalls über ihre Fraktionen Bürger für die Beteiligung gewinnen sollten.

Auch der Start eines „Bürger-Panel“ benötige einen Beschluss des Stadtrates, merkte **Frau BM Nußbeck** an.

Der begonnene Weg sollte fortgesetzt werden, erklärte **Herr Schönemann**, wozu es die logische Folge sei. Es gehe um die lebensnahe Darstellung des Bürgerhaushaltes, um das Interesse der Bürger zu fördern. Ergänzend führte **Frau Andrich** an, es sei wichtig, wenn man sich damit weiter beschäftige, dass man mehr in die Breite geht. Auch die Stadtteile sollten einbezogen werden und hier Bürger für den Bürgerhaushalt geworben werden.

Herr Maloszyk meldete sich zur Geschäftsordnung und merkte an, dies sei ein Thema, über das man in der Nachfolge des Haushaltes ausführlich diskutieren sollte. Deshalb bat er darum, zur Tagesordnung zurückzukommen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Weitere öffentliche Anfragen oder Informationen wurden nicht angezeigt, so dass dieser Tagesordnungspunkt geschlossen werden konnte.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2014, Haushaltsplan 2014, Stellenplan 2014

Vorlage: BV/059/2014/II-20

5.1.1 Veränderungsliste Finanzplan investiv 2014 - 2017

Vorlage: BV/109/2014/II-20

Frau BM Nußbeck übergab das Wort an Frau Wirth, um aus der Veränderungsliste Finanzplan investiv im Einzelnen darzustellen, welche Maßnahmen aufgrund der Beratungen der Fachausschüsse und der nochmaligen Beratung in der Verwaltung als Änderungen in den Plan eingearbeitet wurden.

Frau Wirth bezog sich auf die der Vorlage anhängende Liste, in der die Maßnahmen mit den jeweiligen Eigenanteilen und Fördermitteln dargestellt wurden. Insbesondere stellte sie dabei folgende Maßnahmen dar:

Lfd. Nr. 4

und 5

Ausstattung nach Generalsanierung der Grundschule Friederikenstraße 23 und die Generalsanierung des Schulgebäudes und Schulhofes selbst.

Lfd. Nr. 6

Schaffung 2. Rettungsweg Grundschule Tempelhofer Straße

Lfd. Nr. 7

Generalsanierung Schulgebäude Grundschule Ziebigk

Lfd. Nr. 8 u. 10

Schaffung des 2. Rettungsweges Grundschule Meinsdorf und „Regenbogenschule“ Breite Straße 6/7

Lfd. Nr. 11

Sanierung Wasserburg Roßlau

Lfd. Nr. 12	Umverteilung (geänd. Produktkonten) insbes. Hard- und Software
Lfd. Nr. 17 bis 20	Maßnahmen, die im Zuge der Hochwasserschadensbeseitigung zu 100 % gefördert werden.
Lfd. Nr. 21	Neubau Schwimmhalle – hier wurden die Jahresscheiben angepasst und insbesondere eine Verpflichtungsermächtigung aufgenommen, um entsprechenden Handlungsspielraum zu generieren. Verpflichtungsermächtigungen wurden auch bei den Maßnahmen
Lfd. Nr. 22 bis 24	angepasst.
Lfd. Nr. 25	Aufnahme von Erschließungsmaßnahmen in 2015 und 2016 für das Gebiet Flössergasse
Lfd. Nr. 26 bis 28	Ausbau von Radwegen (infolge kurzfristig zur Verfügung gestellter Fördermittel)
Lfd. Nr. 29	Restleistungen der Aufwertung Spielbereich Parkanlage Pollingpark aus 2013 nach 2014.

Damit liege der Finanzplan investiv ausgeglichen und ohne Kreditaufnahme mit einem Volumen von etwa 37,1 Mio. € vor, schloss **Frau Wirth**.

Auf Nachfrage von **Frau Ehlert**, stellte Frau Wirth richtig, dass die Zweifeldsporthalle (lfd. Nr. 35) nicht im Finanzplan aufgenommen wurde. Zur Frage von **Herrn Ehm** versicherte sie, dass hier nur die Maßnahmen dargestellt wurden, die Änderungen zum vorliegenden Entwurf des Finanzplanes sind. Natürlich sind die Mittel für die Ostrandstraße und die zweite Muldebrücke im Haushaltsentwurf enthalten.

Zur Zweifeldsporthalle ergänzte **Frau BM Nußbeck**, dass diese ein Prüfauftrag sei, wozu die Förderung geklärt werden soll. Mit dem Haushalt 2015 müsse sich diese dann ggf. im künftigen Finanzplan abbilden.

Herr Dreibrodt erinnerte an seinen Antrag zur Aufnahme der längst überfälligen Sporthalle für die Grundschule Meinsdorf. Er könne diese weder im Plan noch als Prüfauftrag finden.

Frau Wirth bestätigte, dass dies im letzten Finanzausschuss besprochen wurde und es ein Prüfauftrag sei. Zur Haushaltsplanung 2015 würde es erneut thematisiert werden. Der Prüfauftrag würde in der Veränderungsliste unter der Kategorie der nicht berücksichtigten Maßnahmen im Plan aufgenommen werden, sagte **Frau Nußbeck** zu.

Seine Enttäuschung über die Diskussionen zum Haushalt brachte **Herr Schönmann** zum Ausdruck. Hier war s. E. ersichtlich geworden, dass es teilweise von den Fraktionen eine schlechte Vorbereitung gab. Die von seiner Fraktion übergebene Liste mit den Anträgen sei legitim und eine Frage der Methodik. Es zeuge auch von einer guten Vorbereitung der Fraktion.

Auf die als lfd. Nr. 23 aufgelistete Verpflichtungsermächtigung für die Kavalierstraße im Jahr 2014 kam **Herr Ehm** zurück. Er fragte, wofür diese gegeben werde, da überhaupt noch nichts klar sei.

Herr Schmieder, Abt. Stadtentwicklung und Förderung, führte aus, der Beschluss zum Ausbau der Kavallerstraße im ersten Abschnitt sei gefasst. Er ist auch förder-technisch beantragt und in diesem Jahr werde die Vorplanung durchgeführt. Im nächsten Jahr sind die dazugehörigen Fördermittel beantragt. Wenn die Bewilligung im Sommer kommt, müsse über die VE die nächste Planungsphase in 2015 gemacht werden. Dies sei schlüssig vorgesehen.

Letzteres bezweifelte **Herr Ehm**, da nicht klar sei, wo entlang man den Verkehr leitet. Hier erläuterte **Herr Schmieder**, es gebe schon eine in der OB-Runde vorgestellte und diskutierte Untersuchung zu den verkehrsorganisatorischen Maßnahmen. Sie werde im nächsten Bauausschuss vorgestellt.

Eine Nachfrage, die er in einer der zurückliegenden Beratungen gestellt und noch keine Antwort erhalten habe, wiederholte **Herr Bönecke**. Es gebe einen Beschlussantrag, diese verkehrstechnische Untersuchung durchzuführen, dem der zuständige Fachausschuss aber nicht entsprochen hat. Dennoch wurde diese Untersuchung durchgeführt. Er wolle wissen, wer entgegen der Beschlusslage der Ausschüsse diese Untersuchung beauftragt hat und welche Kosten sich dahinter verbergen. Hier liege ganz offensichtlich ein Handeln entgegen der Beschlussfassung im Rat vor. Ergänzt wurde dies durch **Herrn Ehm**, welcher um die Beantwortung im Stadtrat am 29.04.2014 bat.

Die Kosten seien schon dargelegt worden, merkte **Herr Schönemann** an, weshalb es ihn verwundere, dass einige nicht den eigentlichen Sachstand kennen. Die Fortführung der jetzigen Aktivitäten des zuständigen Dezernates und der Fachämter, die Dinge Schritt für Schritt zuzuspitzen, dass sie haushaltsseitig relevant werden, ist eine logische Abfolge von Beschlusslagen.

Von den übergebenen 15 Anträgen ihrer Fraktion seien einige übernommen, andere als Prüfaufträge aufgenommen worden, erklärte **Frau Ehlert**. Die Liste wurde nochmals allen Fraktionen zugeleitet, damit es hier Verhandlungsbasis sein kann. Was nicht umgesetzt wurde, ist das Problem Sanierung Kindertagesstätten. Es gibt zwar noch einige Maßnahmen in diesem Jahr, die über STARK III laufen, aber es gibt noch dringende Dinge, z. B. Sonnenschutz in Kindereinrichtungen, die noch erforderlich sind und noch in 2014 außerhalb STARK III erledigt werden sollten.

Langfristig müssen wir aber dazu kommen und uns bekennen, was wollen wir jährlich für die Sanierung der Kindertagesstätten ausgeben. Mit der Übertragung oder Bildung eines Eigenbetriebes ist nicht Schluss, es würden Gebühren eingenommen und es ist erforderlich, dass ein gewisser Standard erreicht werde, da dieser z. T. mangelhaft ist.

Weiterhin habe die Fraktion darauf aufmerksam gemacht, das Thema Überführung der Grundstücke aufzumachen. Wenn DeKita Eigentümer ist, könnten Kredite aufgenommen und Sanierungsmaßnahmen eigenständig angegangen werden.

Des Weiteren war im Bauausschuss von der Verwaltung vorgetragen worden, was jährlich mindestens Standard wäre an Unterhaltung Straßen und Radwege. Man sei in der glücklichen Lage, durch Förderprogramme drei Radwege in 2014 ausweisen zu können, aber es ist nichts weiter für Straßen eingeplant. **Frau Ehlert** fehle auch immer noch die Aussage, was mit der Mannheimer Straße ist, ob es aktuelle Entwicklungen gibt.

Zu den Kindertagesstätten führte **Frau Wirth** aus, derzeit seien diese im Programm STARK III Sanierung jährlich mit über einer Million enthalten. Im Jahr 2017 hänge die Summe von der zweiten Förderperiode von STARK III ab. Es ist erklärtes Ziel dieses Programms, die Kindertagesstätten sowohl energetisch wie inhaltlich fit für die Zukunft zu machen. Wenn dies jetzt mit Eigenmitteln finanziert wird, müssen diese natürlich auch da sein. Auch wenn der Betrieb diese über Kredite aufnehme, stelle sich die Frage, woher kommt das Geld für die Tilgung der Kredite her. Der Betrieb habe außer den Elternbeiträgen nur die Zuschüsse, die er von der Stadt erhält.

Deshalb gibt es die Vorlage im Betriebsausschuss zu dem Investitionsrückstau. Es sollen Maßnahmen qualifiziert werden für die zweite Förderperiode STARK III. Diese Maßnahmen sollen auch entsprechend eingeordnet werden, dann werden diese auch zu 80 % gefördert. Sicher werde auch ein Teil übrig bleiben, der nicht förderfähig ist, welcher dann auch einmal qualifiziert benannt werden müsse. Natürlich könne darüber gesprochen werden, ob die Grundstücke bzw. die Gebäude beim Betrieb eingeordnet sein sollen oder nicht. Dies wurde seinerzeit von der Verwaltung nicht befürwortet, weil gesagt wurde, im Zuge einer Zentralisierung des Gebäudemanagements macht dies in einer Hand mehr Sinn. Dazu stehe Frau Wirth auch heute noch. Dies heiße aber im Umkehrschluss, dass man hier die Maßnahmen qualifiziert und auch sagt, dies sind der Bedarf und die konkreten Maßnahmen für die Einrichtungen, die zukunftsfähig sind.

Als Fazit schloss Frau Wirth, daraus gern einen Prüfauftrag zu machen.

Herr Schönemann hielt dennoch den Antrag auf Zusammenführung Grundstücke und Betriebsstruktur aufrecht. Dies sollte diskutiert werden, da er es als zwingend nötig ansehe.

Zur Thematik Straßen führte **Herr Meister**, Leiter des Bauordnungsamtes, aus, sich mit Herrn Pfefferkorn verständigt zu haben. Er wisse, dass alle, die letztendlich Probleme mit Straßen haben, sich an das Tiefbauamt wendet. Es sei aber so, dass am Ende die Stadt vielerlei Projekte voranbringen will. Das Tiefbauamt melde den Bedarf an und könne nur aus seiner Sicht sagen, was dort zu investieren ist. Am Ende sei es aber eine Abwägung, in welche Richtung die Investitionen gehen. Das Tiefbauamt stelle für sich eine eigene Priorität auf und die Projekte, die uns als besonders wichtig erscheinen, sind im Haushalt entsprechend enthalten. Man wisse aber, dass durchaus sehr viel mehr Bedarf besteht. Sofern es die finanziellen Möglichkeiten es zulassen, wolle man auch sehr gern hier aktiv werden.

Auch hinsichtlich der konkret benannten Mannheimer Straße sei man etwa seit 2008 dran, entsprechend zu handeln. Aber auch hier ist das Problem, dass wir bei Gesamtkosten auf etwa 2,5 Mio. € an Landesmittel angewiesen sind. Es ist seit vielen Jahren nicht gelungen, entsprechende Fördermittel zu akquirieren. Insofern bleibe das Problem, man habe es nach wie vor im Blickfeld und sobald sich Möglichkeiten ergeben, werde man es angehen.

Zu DeKita gab **Herr Dr. Raschpichler** die Ergänzung, Frau Rach prüfe zurzeit die Übernahme der kompletten Grundstücke und Gebäude, was ein Abwägungsprozess sein muss. Die Handlungsmöglichkeiten seien aufgrund der Haushaltssituation der Stadt eingeschränkt und es habe auch wesentliche Auswirkungen auf die Bilanz der Stadt.

Hinsichtlich des operativen Geschäfts habe Frau Rach bereits im letzten Jahr, um Kosten ermitteln und Aufträge für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten auslösen zu können, diese übernommen, stellvertretend für ZGM, weil dort die Kapazitäten nicht bereit standen. Auch dies sei zu diskutieren, inwieweit Frau Rach verlässlich auf Unterstützung des Dezernates VI in dieser Hinsicht bauen kann. Insofern sei eine Eigenständigkeit von DeKita sicher zu diskutieren.

Auf die von Frau Ehler angesprochenen Maßnahmen in den Kindereinrichtungen zurückkommend, schloss sich **Herr Maloszyk** dem Anliegen an. Er betonte aber, es stehe ein wesentlich wichtigeres Thema an, das die sicherheitstechnische Ausstattung der Schulen und auch der Kindertagesstätten betrifft. Wenn dann Geld übrig ist für die Verbesserung des Wohlbefindens, soll es investiert werden, Vorrang habe aber die Sicherheit.

Herr Schöнемann sprach nochmals einen Punkt an, welcher aus dem Rat der Ortsbürgermeister komme. Es war vorgeschlagen worden, zumindest im Teil südlich der Elbe dafür zu sorgen, dass die noch vorhandene Benachteiligung aufgehoben wird. Es betrifft die infrastrukturelle Ausstattung in diesen Ortschaften, die bisher nicht von anderen Rahmenbedingungen profitiert haben. Über die Regie der Ortschaftsräte war vorgeschlagen worden, zumindest eine Straße im Jahr in einer möglichen Alternativvariante mit Bürgerbeteiligung umzusetzen.

Bei der Finanzlage sei es sicher nicht möglich, dass jeder seine Wunschträume durchsetzen kann, merkte **Herr Dr. Weber** an. Er fragte an, ob Probleme entstehen, dass teilweise die Maßnahmen für zweite Rettungswege nicht übernommen wurden. **Frau BM Nußbeck** entgegnete, gemeinsam mit der Feuerwehr, dem Fachamt und dem Gebäudemanagement wurde federführend durch die Feuerwehr, eine Prioritätenliste erarbeitet. Es könne nicht alles in einem Jahr abgearbeitet werden.

Ebenfalls sei das Gesamttouristische Leit- und Informationssystem nicht aufgenommen worden, stellte **Herr Dr. Weber** fest. Hier stehe unter Bemerkungen, dass ohne Untersetzung durch Projekte geplant wird. Im Wirtschaftsausschuss war dies angesprochen worden, wie bekannt ist, wurde auch ein Fördermittelantrag gestellt, aber niemals durch das zuständige Amt untersetzt worden. Er könne nicht erkennen, ob hinsichtlich der Priorität etwas zugearbeitet wurde.

Hier erwiderte **Herr Meister**, in den entsprechenden Ausschüsse wurde dies vorgebracht. Hier habe man ein Thema, wo letztmalig die Möglichkeit besteht, für ein entsprechendes Touristisches Leitsystem Fördermittel zu akquirieren. Die Förderung betrage 60 % und wenn es so wie beantragt kommen würde, rede von man einer Förderung von etwa 560 T€. Die Zielstellung, die sich hier verbirgt, ist auch im Zusammenhang mit dem Bauhausjubiläum zu sehen. Sicherlich sei man sich darüber im Klaren, dass man eine entsprechende touristische Infrastruktur benötigt.

Als Dezernat sage man, hier habe man letztmalig die Möglichkeit, dort Fördermittel zu akquirieren, was aber bedeutet, dass man dem Fördermittelgeber auch über den Haushalt zeigen muss, dass man die Dinge ernsthaft weiter betreiben will. Deshalb müsse eigentlich im Zuge der Haushaltsdiskussion nochmals die Grundsatzfrage stellen, ob man es will. Dann müsse man allerdings auch dies eindeutig im Haushalt darstellen. Verabschiede man sich von diesem Projekt, wisse man aber auch, dass in den nächsten Jahren keinerlei Investitionen in derartiger Größenordnung kommen

können. Insofern sei es jetzt so, dass dieses Projekt im Rahmen der Abwägung aller „Wunschobjekte“ eben nicht im Haushalt enthalten ist. Herr Meister wolle deshalb anregen, nochmals darüber nachzudenken.

Das Stichwort Grundschule Meinsdorf aufgreifend, wies **Herr Dr. Weber** darauf hin, man sei in zwei Leader-Regionen und die Stadt Dessau-Roßlau, Vereine und Unternehmen haben fast zwei Millionen Euro Fördermittel erhalten. Radwege, Sporthallen, Privatunternehmen seien gefördert worden. Die Stadt ziehe sich aus einer Region zurück, was heißt, die Ortsteile können künftig nur noch „aus einem Topf fischen“, zusammen mit dem Fläming. Strategisch sei das nicht glücklich, da man aber Sitzungen sparen wollte, sei man diesen Weg gegangen. Sein Hinweis gehe nun dahin, da auch eine kommunale Sporthalle förderfähig sei, bestünde vielleicht hier für die Grundschule Meinsdorf eine Möglichkeit.

Die Einordnung des Gesamttouristischen Leitsystems in den Haushalt war aus dem Grunde schwierig, weil es nicht zu qualifizieren war, was am Ende an investiven Projekten oder auch Aufwandsprojekten dort stattfinden soll, führte **Frau Wirth** aus. Wenn man die Maßnahme berücksichtigen will, komme sie auf den Vorschlag aus dem Bauausschuss zurück, dass man sagt, man stelle in den Ergebnishaushalt entsprechende Planungsmittel ein – es war von 60 T€ die Rede – und qualifiziert es, was man konkret machen will. Wenn die Fördermittel tatsächlich kommen sollten, muss man Entsprechendes unterjährig lösen.

Dieser Vorschlag, der in den Ausschüssen Konsens war, wurde durch **Herrn Schmieder** unterstützt, der ausführte, was gemacht werden soll, war im Oktober in dem Gesamtmaßnahmebeschluss enthalten. Bei der touristischen Infrastruktur sei es aber auch für den Fördermittelgeber schwierig, weil es keine Richtlinie gibt, im Einzelnen zu sagen, ist es investiv oder nicht investiv. Anders als beim Bau habe man bei diesem Leitsystem erst einmal ein Design, ein inhaltliches und zum Schluss trotzdem noch ein investives Teil. Der Fördermittelgeber habe sich noch nicht abschließend entschieden, insofern greife man den Vorschlag auf, um dann einen Vorlauf zu haben.

Herr Schönemann stimmte dem zu und merkte an, davon ausgegangen zu sein, dass bereits im Ausschuss dazu Konsens bestand.

Herr Schmieder sprach zwei weitere Vorhaben an. Er hoffte, dass die Mitglieder des Bauausschusses, die am 25. März anwesend waren, dies in den Fraktionen auch ausgewertet haben. Es betreffe die lfd. Nr. 36 und 38 in der Liste.

Die Maßnahme zur lfd. Nr. 36 war im Bauausschuss nochmals in Erinnerung gerufen worden und man war davon ausgegangen, dass es keine Diskussion darstellt, nachdem seit 2008 immer wieder versucht wurde, das Vorhaben umzusetzen. Es gab damals den Maßnahmebeschluss, die Verbindung der Innenstadt von der Zerbster Straße zum Wohngebiet Flössergasse qualitativ aufzuwerten. Der Fördermittelantrag, der in mehreren Jahren hintereinander gestellt wurde, heißt eigentlich „Vernetzung Innenstadt und Wohngebiet Flössergasse“. Nachdem wir dann im letzten Jahr die Förderung bekommen haben, musste es auch eine Haushaltsanmeldung geben, die das zuständige Tiefbauamt für sich fachlich reduziert und es „Parkplatz Flössergasse“ genannt hat. Es ist aber mehr als dieser Parkplatz Flössergasse und 2/3 von einem Gesamtinvestitionsumfang von 345 T€ sind gefördert.

Natürlich sollte eine Förderung auch nochmals hinterfragt werden, gerade jetzt gebe es aus der Bürgerschaft und auch der Politik Ansätze, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Aber genau dieses Vorhaben war 2008 als Alternative entwickelt worden im Ausschuss. Jetzt hätte man die Möglichkeit es umzusetzen, aber es muss im Haushalt stehen. Beantragt und auch bewilligt ist die Planung und darin ist man noch flexibel, was die Inhalte betrifft. Man plädiere sehr stark dafür, diese Thematik nicht einfach fallen zu lassen.

Als Begründung, warum diese Maßnahme nicht aufgenommen wurde, führte **Frau Wirth** an, der Beschluss sei datiert aus 2008, zweitens gebe es andere Bewegungen in der Zerbster Straße hinsichtlich Parkplätzen und drittens wisse sie nicht, ob tatsächlich in der Flössergasse ein Parkplatzproblem besteht.

Das Thema Parkplätze Zerbster Straße sei nur ein Thema in der Problemstellung, erklärte **Herr Bönecke**. Hier würden wieder in einer Nebenlage zur Zerbster Straße zusätzliche Parkplätze geschaffen und das Problem einer ordentlichen Verkehrsleitung, so dass die Leute von hinten an die Zerbster Straße herangeführt werden, würde nicht gelöst werden. Im Umfeld der Zerbster Straße gebe es Parkplätze, was aber nicht das eigentliche Problem löse, die Leute in die Zerbster Straße zu holen.

Herr Schönemann sprach sich dafür aus, diese Dinge nicht gegeneinander aufzustellen, er sehe das Projekt nach wie vor als legitim an. 2008 sei es darum gegangen, auch die Anbindung dieses Wohngebietes attraktiv zu gestalten und mit der Öffnung diese unglückliche städtebauliche Situation zu verbessern.

Das geförderte Objekt heiße „Vernetzung Innenstadt und Wohngebiet Flössergasse“, betonte nochmals **Herr Schmieder**. Im Jahr 2014 stehen Planungsmittel an, d. h. es ist nicht erforderlich, wenn wir nach 5 Jahren nun andere Erkenntnisse haben, diesen aus dem Jahr 2008 existierenden Antrag 1:1 umzusetzen. Er könne entwickelt, aber nicht zum Umbau der Zerbster Straße verwendet werden.

Ergänzend legte **Herr Meister** dar, man sei dabei, die Innenstadt insgesamt zu entwickeln. Parallel dazu wolle er noch vor der Sommerpause eine Beschlussvorlage einbringen, wo man sich gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen verständigt habe, bestimmte Dinge zu strukturieren, neu zu ordnen und entsprechend zu begleiten und es wurde ein bereits erarbeiteter B-Plan aufgenommen, der lange Zeit geruht habe. Diese Bemühungen sollen gemeinsam mit den Anwohnern laufen, um die Innenstadt zu entwickeln. Solch ein Parkplatz, der vielleicht eine Verbindung darstellt, ist ein kleiner Baustein dazu, der das Gesamtpaket vervollständigt. Deshalb sei es nach wie vor eine sehr sinnvolle Maßnahme und man sollte überdenken, ob man die nun bereitgestellten Fördermittel zur Seite legt.

Nach der finanziellen Deckung fragte **Herr Ehm** und **Frau Ehlert** wies auf die Medienveröffentlichung vom gestrigen Tage, dass mit weiterem Zuwachs an Steuereinnahmen von mind. 7 % zu rechnen sei. Des Weiteren habe sie bereits schon einmal auf die derzeitige vorläufige Haushaltsführung verwiesen, wodurch es Einsparungen gibt. Es gibt einen erheblichen Krankenstand, somit Einsparungen an Personalkosten und dass 6 Mio. € aus 2013 trotz Verrechnung übrig sind. Bisher war es immer Konsens im Finanzausschuss, dass da, wo Fördermittel vorhanden sind, auch die Projekte umgesetzt werden.

Auf die Frage von Herrn Ehm entgegnete **Herr Schmieder**, im Bauausschuss auch einen Deckungsvorschlag unterbreitet zu haben. Maßnahmen in Kochstedt, die durch die Stadt zu Ende geführt werden müssten, sind nicht notwendig, wodurch zum Teil daraus eine Deckung erfolgen kann.

Herr Bönecke bezweifelte zunächst die Angaben zur Steuereinnahmensteigerung von 7 % und führte weiter aus, vielleicht sollte man diese Beschlussvorlage nochmals aufnehmen und qualifizieren. Man sei sich einig, dass die dort befindlichen Garagen verschwinden müssen, um den Zugang in dieses Quartier zu öffnen. Ob der Parkplatz der richtige Weg dazu ist, bezweifle er. Wenn man die Vorlage im Sinne einer wegetechnischen Verbindung zur Zerbster Straße jetzt qualifiziert, möge dies sinnvoll sein und das sollte man einfach tun und nicht auf die alte Vorlage aufsetzen. Wenn die finanziellen Mittel erst 2015 zur Verfügung stehen, habe der neue Stadtrat noch Zeit, darüber zu befinden.

Das Jahr 2014 sollte aber für die kleine Planung genutzt werden, warf **Herr Schmieder** ein. Es gebe auch schon Fördermittel für die Planung in diesem Jahr. Als Maßnahme sollte es aber schon im Haushalt stehen. Man könne auch eine Änderung des Titels bzw. des Produktkontos vornehmen, wie z. B. Vernetzung Innenstadt mit Flössergasse.

Frau Wirth sagte zu, dass die Maßnahme mit dem Vermerk aufgenommen werden könnte, dass sie nochmals zu qualifizieren und eine gesonderte Beschlussfassung herbeizuführen ist. Dazu gab es seitens der anwesenden Ausschussmitglieder Zustimmung.

Zur Ifd. Nr. 38 kommend, erläuterte **Herr Schmieder**, das Thema ehemalige Schadebrauerei wurde im Bauausschuss durchaus kontrovers erörtert. Er verweise jedoch ebenfalls auf eine Beschlusslage im Ausschuss, auch hier stehe ein entsprechender Förderantrag dahinter und die Signale des Fördermittelgebers sind positiv. Er habe uns sogar ermutigt, den Antrag zu stellen, da es sich um ein Schlüsselgrundstück in dem EXWOST-Gebiet handelt und hier die Stadt es als zielführend sieht, nicht nur die Planungshoheit zu haben, sondern auch über die Grundstücksverfügbarkeit die Stadtentwicklung selbständig besser steuern zu können.

Herr Ehm merkte an, in diesem Papier gebe es zwei widersprüchliche Aussagen, worauf **Frau BM Nußbeck** klarstellte, dass die hier angegebenen Zahlen sind die, welche im Fördermittelantrag enthalten sind. **Frau Wirth** fügte an, die Fördermittel seien bis heute nicht bewilligt, was **Herr Schmieder** bestätigte. Er verwies jedoch auf die positiven Signale. Die Begründung, warum sie noch nicht bewilligt wurden, sei vielfältig und habe auch etwas mit der Bundestagswahl und den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern über die Städtebauförderung überhaupt zu tun. Die Förderung würde aber noch in diesem Jahr ausgesprochen werden.

Mit der angegebenen Zahl von 1,1 Mio. € für Erwerb und Abriss habe er ein Problem, erklärte **Herr Bönecke**. Deshalb fragte er nach, ob es konkrete Verhandlungen oder Zwischenergebnisse der Verhandlungen mit dem derzeitigen Eigentümer gibt. Aus der Erinnerung sei ihm hier ein zweistelliger DM-Betrag bekannt, was deren Kaufpreisvorstellungen anging. Auch die Abrisskosten kommen ihm unrealistisch vor.

Die Grundstücksangelegenheiten sollten nicht im öffentlichen Teil der Sitzung erörtert werden, merkte **Herr Schmieder** an. Er verwies in dem Zusammenhang auch darauf, dass entsprechend der Niederschrift des Bauausschusses der Dezernent zugesagt hat, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über das Vorhaben insgesamt zu berichten. Der Fördermittelantrag ist auf der Grundlage eines Gutachtens, das der Landesbetrieb für Vermessung und Geoinformation im Rahmen des EX-WOST-Vorhabens macht, bemessen. Hier gab es keine Gründe, diesem Verkehrsgutachten nicht zu folgen.

Ein weiterer städtebaulicher Zustand könnte kompensiert werden, wenn es gelänge, merkte **Herr Schöнемann** an.

Damit stimme er überein, erklärte **Herr Bönecke**, man befinde sich aber im Haushaltsausschuss, dessen wesentlicher Teil der Finanzausschuss sei, in dem über Zahlen geredet werde. Wenn im Haushalt ein Betrag eingestellt werden soll und man nicht weiß nicht, müsse nachgefragt werden. Dass bezüglich der Verhandlungen mit dem Eigentümer nur im nichtöffentlichen Teil die Rede sein kann, sei korrekt, was man an der Stelle aber dann auch tun sollte. Ansonsten könne er sich dem Vorschlag nicht anschließen.

Die Abstimmung zur Vorlage wurde in den nichtöffentlichen Teil (s. TOP 6) verlegt.

Nach Klärung des angefragten Sachverhaltes im nichtöffentlichen Teil wurde die Abstimmung zur Vorlage durchgeführt.

Dem Beschlussvorschlag wurde entsprochen.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Finanzen:	6:0:2
Haupt- und Personalausschuss:	6:0:2

5.1.2 Veränderung des Ergebnishaushaltes 2014 der Stadt Dessau-Roßlau nach Einbringung in den Stadtrat am 19.03.2014
Vorlage: BV/111/2014/II-20

Zu den ausgereichten Änderungen des Ergebnishaushaltes 2014 erläuterte **Frau Wirth** die wesentlichen Punkte (in der Vorlage grün unterlegt). Derzeit gebe es einen Ergebnisplan mit einem Defizit von 1,5 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen der Berücksichtigung der Tarifsteigerungen und auch der Anpassung des Theaterkonzeptes geschuldet.

Im Ergebnishaushalt wurden einige Umschichtungen vorgenommen, die eher redaktionell sind. Zum Beispiel war beim Sozialamt das Personal in einem Produkt, nun wurden die Personal- und Sachaufwendungen den Leistungen zugeordnet. Man sehe nun nicht nur, was die Sozialhilfe als Leistung darstellt, sondern auch den dafür erforderlichen Verwaltungsaufwand.

Die wesentlichen Änderungen stellte Frau Wirth im Folgenden dar und erläuterte diese: Im Änderungsnachweis Ergebnisplan,

- **Seite 1**, werden die Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer als Ansatz 2014 neu mit 1,7 Mio. € angeführt, was die Tarifsteigerungen allein für die Stadt seien.

- Auf **Seite 3** erfolgte die Aufnahme der Cranach-Ausstellung,
- **Seite 4** – Anpassung zum Theaterkonzept,
- auf S. 4 unten ist der Sachkostenzuschuss für die Ortschaftsassistenten in den Ortschaften vermerkt.
- Auf **Seite 5** oben sind die Zuschüsse an Vereine für Ortschaften,
- darunter eine Erhöhung des Zuschusses an die Stiftung Bauhaus,
- weiterhin wurde eine zusätzliche Kostenerstattung vom Land zum Ausgleich der Mehraufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen.
- Auf **Seite 11** oben ist die Erhöhung des Defizitausgleichs für den Eigenbetrieb DeKita,
- darunter die Anpassung des Zuschusses an die einzelnen Einrichtungen im Rahmen des Fachkräfteprogramms und
- unten der Zuschuss für die Suchberatungsstellen freier Träger aufgenommen worden.
- Auf **Seite 12** unten befindet sich das Pendant zu dem Bereich, über den auch im investiven Bereich gesprochen wurde, es geht um die Förderung des B-Planes und des Umlegungsverfahrens für das Quartier Flössergasse.
- **Seite 13** oben sind die Konkretisierungen der Zuschüsse für die Maßnahmen „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, hier speziell Zerbster Straße aufgeführt.
- Auf Seite 13 unten wurde zusätzlich aufgenommen „Fachkräfteoffensive Regionalbudget“.
- **Seite 14** zeigen die zusätzlichen Zuweisungen im Zuge FAG und Sozialhilfe auf sowie die Anpassung der Aufwendungen für die Kassenkredite.

Ausdrücklich verwies **Frau BM Nußbeck** darauf, dass mit diesem Haushalt auch gegenüber dem Land dokumentiert werde, dass der Beitrag für das Theater enthalten ist. Deshalb erfolgt auch die gleichzeitige Herstellung der Beschlusslage Theaterkonzept und Haushalt, um dem Land gegenüber schlüssiges Handeln zu dokumentieren.

Zu ihrem Antrag aus dem Jugendhilfeausschuss, der ein beschließender Ausschuss sei, kam **Frau Ehlert** zurück. Der Ausschuss hatte beschlossen, dass der Kinderzirkus Raxli-Faxli aus der Finanzierung Kiez herausgenommen und dafür im Jugendamt aufgenommen werden soll. Dies sei nach wie vor offen.

Bevor eine inhaltliche Beantwortung durch Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler erfolgen sollte, wies **Frau BM Nußbeck** ausdrücklich darauf hin, dass das Budget-/Etat-Recht beim Stadtrat liegt. Der Jugendhilfeausschuss entscheidet natürlich abschließend über die Verteilung der Mittel im Rahmen des vom Stadtrat über den Haushalt zur Verfügung gestellten Budgets, aber nicht über die Höhe des zur Verfügung zu stellenden Budgets. Dies bleibe immer Recht des Stadtrates, stellte sie weiter klar.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler erinnerte daran, in der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses angeregt zu haben, dass dieser sich bekennen muss. Der Ausschuss stehe zu Raxli-Faxli sowohl inhaltlich als auch von der Qualität des Betreuungsangebotes her. Hier könne der Stadtrat letztendlich nur entscheiden, ob der Beschluss des Jugendhilfeausschusses Berücksichtigung im Haushalt finden soll.

Hierzu gab **Herr Bönecke** den Hinweis, wenn dann der Antrag kommt, müsse dieser mit konkretem Deckungsvorschlag eingereicht werden.

Ob dies auch für die Fortführung Schulsozialarbeit gelte, fragte **Herr Dr. Weber** nach, oder ob diese bis Ende des Jahres gesichert sei. Darauf erwiderte **Herr Dr. Raschpichler**, dieses Thema konnte in der Verwaltung noch nicht abschließend geklärt werden. Es zeichnet sich ab, dass wir weit über den 31.07. hinaus mit den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln reichen. Er gehe davon aus, dass man innerhalb der Verwaltung eine Möglichkeit finde, die Finanzierung bis zum Jahresende sicherzustellen. Deshalb habe er auch als Fachbeigeordneter verzichtet, die Haushaltsdiskussion mit dem Thema weiter einzuengen.

Der Antrag zur weiteren Förderung des Raxli-Faxli-Zirkus sollte zum Haushalt bestehen bleiben, merkte **Frau Andrich** an. Daraus ergebe sich für sie die Frage, über welche Summe noch gesprochen werde bis zum Jahresende. Als Deckungsquelle sollten Mittel aus nicht ausgegebenen Personalkosten der Stadt oder aus der Summe von 6 Mio. €, die nach Verrechnung übrig waren, genommen werden.

Hierauf verwies **Frau BM Nußbeck** darauf, dass dies nicht in Ordnung sei. Man habe Sollvorträge aus Vorjahren in Höhe von fast 30 Mio. €, diese werden gegen die positiven Ergebnisse immer noch gegengerechnet. Man habe also keine Überschüsse! Zu Raxli-Faxli ergänzte **Frau Wirth**, natürlich könne der Jugendhilfeausschuss die Förderung entscheiden im Zuge der zur Verfügung gestellten Mittel. Wir reden über einen Antrag des Ausschusses, der über dem Volumen des letzten Jahres liegt. Dies müsse beachtet werden.

Auf die Frage von Herrn Ehm zu Seite 11, Produkt Einrichtungen der Jugendarbeit anderer Träger, führte **Frau Nußbeck** aus, das Fachkräfteprogramm habe bisher fünf vorhandene Stellen abgesichert durch Förderung von Land und Stadt. Das Land habe sich jetzt zurückgezogen, womit die Finanzierung dieser 5 Stellen nicht mehr auskömmlich ist. Die Stadt habe nun noch 16 T€ hinzugegeben, um diese vorhandenen Stellen auszufinanzieren, aber der Jugendhilfeausschuss hatte sich eine weitere Stelle gewünscht. Er war davon ausgegangen, dass die Förderung so bestehen bleibt. Diese zusätzliche Stelle ist nun aber nicht mehr möglich.

Weiter erklärte **Herr Dr. Raschpichler**, dies war kein Thema mehr im Jugendhilfeausschuss, die vorhandenen Stellen sind ausfinanziert und eine zusätzliche Stelle gar nicht mehr zur Debatte.

(An dieser Stelle übernahm Herr Oberbürgermeister Koschig wieder die Leitung der Sitzung.)

Frau Ehlert wiederholte, den Antrag zu Raxli-Faxli aufrecht zu erhalten. Zur Deckungsquelle würde nochmals in Abstimmung mit dem Beigeordneten Dr. Raschpichler beraten werden.

Die Vorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnisse:

Ausschuss für Finanzen	7:0:1
Haupt- und Personalausschuss	8:0:0

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2014 und Folgejahre Vorlage: BV/058/2014/II-20

Frau BM Nußbeck führte aus, das Haushaltskonsolidierungskonzept wurde trotz des Defizits nicht angefasst. In der Rücksprache mit der Kommunalaufsicht wurde dargelegt, dass dies in der Kürze der Zeit nicht mehr leistbar gewesen wäre, damit der jetzige Stadtrat noch den Beschluss zum Haushalt fassen kann. Auch andere Kommunen, die zeitiger den Haushalt aufgestellt hatten, konnten die Tarifsteigerungen nicht mehr berücksichtigen.

In 2015 müsse man sich durchaus mit dem Thema befassen. Allerdings habe man ein Defizit in dieser Größenordnung im Verlauf des Jahres immer ausgleichen können und im Ist kein Defizit erzeugt.

Frau Ehlert merkte an, das Haushaltskonsolidierungskonzept sei im Wesentlichen darauf aufgebaut worden, dass in Schritten ein Personalabbau erfolgt.

Herr Rumpf fragte nach, ob die 9.700 Euro für die Ortschaften aus dem Konzept herausgenommen wurden, was Frau Nußbeck bestätigte.

Auf eine Anmerkung zur Bettensteuer eingehend, legte **Herr Bönecke** dar, es gebe ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Aber Dresden habe trotzdem zum 1.2. d. J. genau diese Bettensteuer eingeführt, aber die Geschäftsreisenden davon ausgenommen und es dergestalt geregelt, dass zunächst alle zahlen müssen und dann ein zweiseitiger Antrag ausgestellt werden muss zur Erstattung. Hier könne sich jeder ausmalen, wie viele bei einer Bettensteuer von 50 Ct., die bei uns angedacht war, letztendlich die Erstattung beantragt hätten. Dies sollte man vielleicht überdenken und das Thema nicht völlig vom Tisch wischen.

Gegen diese Erwägungen sprach sich Herr Dr. Weber aus.

Die Fraktion Die Linke werde erstmalig der Konsolidierung zustimmen, erklärte **Herr Schöнемann**. Grund sei, dass ihr Hauptkritikpunkt, das Anhaltische Theater ohne konzeptionelle Untersetzung in Sparzwang zu setzen, uns erheblich in Schwierigkeiten gebracht habe, jetzt aber eine Lösung vorliegt. Diese ist der Situation angemessen und Hoffnung für die Zukunft besteht. Dinge ohne konzeptionelle Untersetzung einsparen zu wollen, hätte sonst nicht die Zustimmung gefunden.

Damit wurde der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.

7 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 13.06.14